

Bleierne Zeit ist eine Zeit, die einfach nicht vergehen will. Eine Zeit der Bedrängnis, in der die Menschen das erlösende Unwetter, die Gewalt eines Gewitters herbeisehnen, das die Luft klärt und nach der bleiernen Zeit den lebendigen Sommer zurückholt. Wir müssen mit dieser bleiernen Zeit leben, sie bis zum Ende ertragen. Die dunkelschwarzen Wolken türmen sich bereits vor uns, kündigen das Gewitter an, doch noch ist es nicht so weit.

Rache!

von Michael Winkler

Wenn man, so wie ich, das fünfte Mal vor einem merkeldeutschen Gericht verarscht worden ist, dann kann einen schon einmal der Gedanke nach Rache überkommen.

Natürlich nicht gewalttätige Rache, da würde ich mich ja auf das Niveau des Islam hinabgeben, mit Peitschenhieben, Glieder abhacken, Steinigen und Köpfen. Das sollen diejenigen machen, die ständig herumbrüllen, Allah sei groß. Ich beschränke mich auf Verwünschungen.

Wünsche ich diesen Herrschaften Tod und Pestilenz an den Hals? Natürlich nicht, denn da würde ich mich auf das Niveau des Judentums hinabgeben, dessen Jahwe sich in Blut- und Mordorgien suhlt und von dem so mancher Mafia-Killer einiges lernen kann.

Also, was wünsche ich diesen Herrschaften?

Ich wünsche, daß die mich alle überleben! Gleich um mindestens fünfzig Jahre! Wenn ich so alt werde wie mein Vater, ziehe ich so gegen Ende 2032 bei ihm ein, d.h., diese Herrschaften dürfen bis mindestens 2082 hier bleiben. Nicht etwa krank und gebrechlich, nein, wenn es nach mir geht, bei bester Gesundheit und Arbeitskraft, bis zum letzten ihrer Tage.

Sehe ich da ein Schmunzeln? Sie denken gerade an das Neue Reich und 60 Jahre Arbeitslager? Tut mir leid, so menschenfreundlich bin ich nicht.

Diese Herrschaften, ob nun in der Justiz oder in der Politik, ob in der Asylindustrie oder Irgendwas-Beauftragter in der Verwaltung, sollen in genau jener Welt leben, die sie gerade dabei sind zu erschaffen!

Im Rahmen der Artikel über alternative Geschichte, die ich hin und wieder verfasse, möchte ich diese kommende Welt ausmalen. Den Lesern, die mir immer pessimistische Zuschriften gönnen, wonach alles längst verloren und Deutschland dem Untergang geweiht sei, widme ich diesen Text besonders. Ich hoffe, er erfüllt Ihre negativen Erwartungen.

September 2015: Unruhen in Griechenland

Die Sparmaßnahmen in Griechenland führen zu Unruhen. Die Tourismus-Saison ist wegen der ständigen Negativ-Berichte deutlich schlechter ausgefallen als erhofft, hier sind Einnahmen weggebrochen, die Arbeitslosigkeit hat zugenommen. Das Land taumelt einer Regierungskrise entgegen, erste Stimmen rufen nach Neuwahlen. Die Außenminister der EU treten zusammen, um sich über das Problem auszutauschen. Summen in Höhe von zehn Milliarden Euro stehen im Raum, als humanitäre Soforthilfe. Die Verhandlungen enden ohne Ergebnis.

Freitag, 9. Oktober 2015: Militärputsch in Griechenland

Nachdem das Parlament aufgelöst worden ist, hat auch die Regierung keine Macht mehr in Griechenland. Ein Termin für Neuwahlen läßt sich nicht bestimmen, da die Führer der größeren Parteien sich nicht einigen können. Daraufhin übernimmt das Militär die Macht. Die EU tritt zu einem Sondergipfel in Brüssel zusammen und beschließt, Griechenland vorübergehend aus der Euro-Zone und der EU auszuschließen. Die Militärs in Athen geben Notgeld heraus, das auf Drachmen lautet.

Der Wert des Euro sinkt unaufhörlich, für einen Euro gibt es nur noch 0,8736 Dollar. Die Börsen eröffnen am 12. Oktober im freien Fall und werden nach weniger als einer Stunde ge-

schlossen. Die FED und die EZB verkünden, daß sie alles tun werden, um den Crash abzuwenden. Am Dienstag öffnen die Börsen wieder, der Kursverfall scheint gebremst zu sein.

Freitag, 16. Oktober 2015: Weltweiter Börsenzusammenbruch, Schwarzer Freitag

Die Börsenkurse stürzen weltweit ab. Diesmal bleiben die Börsen offen, um einen Bank-Run zu vermeiden. Gold- und Silberkurse heben ab, die Händler sind ausverkauft. Billionenwerte lösen sich auf. Beginn einer weltweiten Depression. In der Folgezeit Firmenkonkurse und Massenentlassungen.

Sonntag, 18. Oktober 2015: Angela Merkel tritt zurück

Eine sichtlich gezeichnete Bundeskanzlerin legt alle ihre Ämter nieder. Sie schlägt als Nachfolgerin Ursula von der Leyen vor. Regierungskrise in Deutschland, da die SPD für diesen Fall den Koalitionsvertrag neu verhandeln will. Angela Merkel hat das Land verlassen, ihr Aufenthalt ist unbekannt. Gerüchte, sie sei in Paraguay, werden nicht bestätigt.

Von der Leyen wird zunächst kommissarische Bundeskanzlerin, alle SPD-Minister bleiben im Amt. Bei den Verhandlungen in Brüssel wird festgelegt, zunächst am Euro festzuhalten. Ebenso wird festgelegt, daß alle Transferleistungen – Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld 1 und 2 sowie Sozialhilfe – europaweit auf dem aktuellen Stand eingefroren werden, bis die Finanzkrise überwunden ist.

Linke und Grüne beteiligen sich an der All-Parteien-Regierung, unter Verzicht auf Ministerposten. Dafür werden Anliegen dieser Parteien – z.B. die Homo-Ehe und Asyl für alle – von der Regierung angenommen. Bei ihrer Weihnachtsansprache stimmt Bundeskanzlerin von der Leyen die Deutschen auf schwere Zeiten ein.

Mittwoch, 21. Oktober 2015

Die chinesische Regierung beschließt, dem Verfall der Aktienkurse mit einem Stützungsprogramm entgegenzuwirken. Um die dafür benötigten Geldmittel zu erhalten, verkauft das Land Dollar-Anleihen. Damit gerät der Dollar weltweit unter Druck. Der Euro wird kurzzeitig entlastet, dafür bricht der Welthandel ein. Rußland zieht als Erstes die Konsequenzen: Da der Dollar unvorhersehbar schwankt, wird der Dollar nicht mehr als Handelswährung akzeptiert. Handelswährungen sind ab sofort nur noch Rubel, Yuan und Gold. Allerdings ist Rußland jederzeit zu Kompensationsgeschäften bereit, also den Austausch Ware gegen Ware.

China akzeptiert den Dollar noch in Geschäften, die bis zum 15. November 2015 abgewickelt werden können. Den Euro akzeptieren die Chinesen noch bis zum 31. Dezember. Danach müssen alle Einkäufe in China mit Yuan, Rubel, Gold oder Waren bezahlt werden. Ausländer, die chinesische Aktien besitzen, werden zum 15. November enteignet. Sie erhalten den Gegenwert in US-Dollar, wobei der Stichtag für Aktienkurse und Devisenkurs der 1. November ist. Da die Aktien seither gestiegen und der Dollar gefallen ist, verlieren die ausländischen Aktionäre viel Geld.

1 Januar 2016: Texas beschließt Unabhängigkeit

Texas erklärt den Austritt aus der Union, gemäß eines Passus aus dem Beitrittsvertrag von 1845, der dies gestattet. Washington kündigt an, dies militärisch zu unterbinden, doch die Truppen fordern zunächst höheren Sold. Der Wertverfall des Dollars hat die Gehälter in den USA entwertet, dies betrifft auch die Zahlungen an die Soldaten. Die Truppe ist damit nur noch bedingt kampfbereit.

Im Gegensatz dazu führt Texas eine neue Währung auf der Basis von Gold und Silber ein. Texanische Soldaten verlassen die US-Armee, um sich bei der neuen texanischen Bürgerwehr zu melden. Oft genug bringen sie Waffen, Gerät und Kameraden mit. Die Wehrfähigkeit der freien Republik Texas steigt folglich an, der Preis für eine Intervention wird zu hoch. Die Sezession der Texaner läßt den Wert des Dollars weiter verfallen.

Montag, 4. Januar 2016: PEGIDA ist zurück

Die weitgehend entschlafene PEGIDA-Bewegung geht in Dresden wieder auf die Straße. Die „Montagsspaziergänge“ stehen nun unter dem Motto: „WIR sind das Volk!“ Die Bewegung nennt sich in der Folgezeit in „WIR sind das Volk!“ um; derartige Umzüge finden mit von Woche zu Woche steigender Beteiligung hauptsächlich auf ehemaligem DDR-Gebiet statt. Im Westen überwiegen die Gegendemonstranten, die Unterstützung durch islamistische Zuwanderer erfährt.

20. Januar 2016: Weitere Sezessionen

Mehrere Staaten der USA, die noch einen gesunden Haushalt haben, verkünden ihren Austritt aus der Union. Die „Bonnie Blue Flag“ wird in mehreren Staaten gehißt, bald darauf die Flagge der Konföderierten. Die neuen Konföderierten werden zur größten Gemeinschaft, da sich mehrere Staaten zusammenschließen. Vier weitere Gebilde aus einem oder zwei US-Staaten existieren parallel dazu. Die unabhängigen Staaten fordern Soldaten auf, die in Übersee stationiert sind, in die Heimat zurückzukehren.

16. März 2016 Ende des US-Dollars

Präsident Obama verkündet die Zahlungsunfähigkeit der USA. Die Regierung in Washington ist nicht mehr in der Lage, Transferleistungen wie Food Stamps oder Medicare zu bezahlen. Amerikanische Soldaten werden weltweit zurückbeordert, ebenso die Flugzeugträger-Kampfgruppen, die nicht mehr zu finanzieren sind. Mit den USA fällt der wichtigste Geldgeber Israels aus, das nunmehr verstärkt Mittel aus Deutschland anfordert.

Die USA zerfallen in der Folgezeit endgültig in mehrere Teilstaaten, die alle über Atomwaffen verfügen, allerdings nicht in der Lage sind, die US-Stützpunkte im Ausland zu erhalten. Die einstige Supermacht gibt es nicht mehr.

14. Juli 2016: Währungsschnitt

Um den Wertverlust des Euro aufzuhalten, wird ein Währungsschnitt 1:10 durchgeführt, mit teilweiser Enteignung der Bürger. Sparguthaben werden aufgelöst, Haus- und Wohnungseigentümer mit einer Zwangshypothek belastet. Der Verkauf von Gold und Silber wird untersagt, nur staatliche Stellen sind ermächtigt, Edelmetalle anzukaufen. Eine staatlich gesteuerte Werbekampagne drängt Metallbesitzer dazu, dieses zum Wohl des Staates zu verkaufen.

Während Westdeutschland weiterhin Asylbewerber aufnimmt, wird auf dem Gebiet der ehemaligen DDR massiv Druck auf diese Zuwanderer ausgeübt. Bei allen Wahlen kommt es zu einem massiven Rechtsruck, PEGIDA-Listen erringen bis zu 20% der Landtagssitze. Asylbewerber-Unterkünfte müssen von der Bundespolizei beschützt werden, da die lokalen Polizeieinheiten laut Dienstplan dafür zu überlastet sind.

9. November 2016: Rückkehr der Mauer

Die Länder der ehemaligen DDR erklären ihren Austritt aus der Bundesrepublik Deutschland. Organe der BRD, die auf dem Gebiet der neuen Freien Deutschen Republik angesiedelt sind, werden aufgefordert, bis zum Jahresende dieses Gebiet zu verlassen. Dies betrifft alle Ministerien, das Kanzleramt und den Bundespräsidenten. Die Währung der FDR ist die Deutsche Mark. Die Grenzen der FDR sind für Asylbewerber geschlossen, Zuwanderer werden vor die Wahl gestellt, entweder im Rahmen des Arbeitsdienstes Schwerarbeit zu leisten oder das Gebiet der FDR umgehend zu verlassen.

Die FDR untersagt jede Ansiedlung der Westdeutschen, es sei denn, diese erfüllen strenge Auswahlkriterien: eine Ausbildung in Naturwissenschaften und Technik, im Handwerk oder der Medizin. Ansonsten gibt es noch die Möglichkeit, als Verfolgte des BRD-Regimes Asyl zu erhalten. Bundeskanzlerin von der Leyen erwägt einen Einsatz der Bundeswehr, doch dies scheitert daran, daß zahlreiche Einheiten aus FDR-Bürgern bestehen, die sich dem neuen Oberkommando in Leipzig unterstellt haben.

Berlin mit seinen zahlreichen Ausländern, den vielen Sozialhilfe-Empfängern und den vielen linken Aktivisten stellt ein besonderes Problem dar. Die FDR handhabt dies mit Ausreisehilfen und Arbeitsangeboten. Letztere vertreiben die linken Aktivisten sehr schnell, die Ausreisehilfen verlocken eher die Ausländer. Zeitweise mangelt es in der Stadt an Journalisten, Lehrern und Richtern, da diese Berufsgruppen gezielt wegen ihrer antideutschen Gesinnung ausgedünnt werden. Bis zum Jahresende sind die Lücken jedoch gefüllt, Verfolgte des BRD-Regimes bauen eine deutsche Presse auf, die diesen Namen wirklich verdient.

27. Januar 2017: Israel erklärt den Staatsbankrott

Die USA sind als Geldgeber ausgefallen, die BRD ist durch den Austritt der FDR wirtschaftlich geschwächt. Hilfszahlungen an Israel sind ausgeblieben, das Militär kann nicht mehr bezahlt werden. Mehrere Notprogramme sollen die Verteidigungsfähigkeit des Landes aufrecht erhalten, doch sowohl Treibstoff als auch Ersatzteile für das Militär sind knapp geworden. Einen Krieg kann sich das Land noch leisten, doch dieser darf nicht allzu lange dauern. Es herrscht Weltuntergangs-Stimmung.

Wohin sollen Juden auswandern? Der Ostküsten-Staat der USA mit den Zentren New York und Washington nimmt Juden auf, doch nach dem Ende des Dollars ist das einstige Finanzzentrum der Welt eher ein Notstandsgebiet als eine Wohlstandszone. Andere Staaten der ehemaligen USA nehmen nur hochqualifizierte Zuwanderer auf, Juden als die Gruppe, die einst die Washingtoner Beamtschaft gestellt hatte, sind dort alles andere als willkommen.

Offiziell sind Juden in den meisten Staaten Europas gerne gesehen, allerdings gibt es dort überall starke muslimische Minderheiten, die Juden als Feinde betrachten und behandeln. Vor allem Neuankömmlinge werden als unerwünschte Konkurrenten angesehen, welche die Wohlfahrt ausnutzen, die nur Rechtgläubigen zusteht. Den meisten Juden bleibt nichts anderes übrig, als im verarmenden Israel auszuharren.

Sommer 2017: Fachkräftemangel in Westdeutschland, Boom in der Freien Deutschen Republik

Praktisch keine Ausländer, sichere Straßen, reparierte Infrastruktur und bessere Schulen locken qualifiziertes Personal in die Freie Deutsche Republik. Westdeutsche Traditionsfirmen eröffnen dort Niederlassungen und schließen im Gegenzug Fabriken in Westdeutschland. Die Nettolöhne in der FDR sind höher, dank der geringeren Steuer- und Abgabenlast. Seit die FDR in den eurasischen Wirtschaftsraum aufgenommen wurde, ist sie Teil einer großen Freihandelszone.

In der BRD fehlen immer mehr Fachkräfte. Dank der völlig verfehlten Bildungspolitik gibt es dort zahlreiche unbrauchbare Akademiker, die zwar über Arbeit reden, aber keine Arbeit verrichten können. Die Bevölkerung ist auf über 70 Millionen gestiegen, davon sind 25 Millionen Zuwanderer. Bundeskanzlerin von der Leyen hat die Einbürgerung deutlich erleichtert und den umfassenden Familiennachzug ermöglicht. Trotzdem sinkt die Wirtschaftsleistung, Technologiebetriebe werden von Handwerksbetrieben „nach europäischem Standard“ verdrängt, für deren Gründung kein Meisterbrief erforderlich ist. Die nötige Erfahrung kann der Betriebsinhaber genauso im Ausland erworben haben. Da Flüchtlinge zumeist keine Zeugnisse vorweisen können, genügt eine eidesstattliche Versicherung vor der Handwerkskammer, um als erfahrener Geselle zugelassen und anerkannt zu werden.

Sonntag, 24. September 2017: Bundestagswahlen in Westdeutschland

Bei den Wahlen ist erstmals eine islamische Partei zugelassen, die aus dem Stand heraus über 32% der Stimmen erhält. Mit der SPD (14,8%) als Junior-Partner stellen die Islamisten die neue Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag werden die Förderung des Islam und die weitere Ansiedlung von Muslimen festgeschrieben.

1. Januar 2018: Islamische Republik

Scharia-Gerichte werden als gleichberechtigte Organe der Rechtsprechung anerkannt. Ostermontag, Pfingstmontag und zweiter Weihnachtsfeiertag werden abgeschafft, dafür das muslimische Opfer- und Zuckerfest als gesetzliches Feiertage eingeführt. Männerfeindliche Zeitschriften werden eingestellt, freizügige Werbung mit nackten Frauenkörpern verboten.

4. Juli 2018: Abschaffung des Euro, teilweise Auflösung der EU

Der Euro ist im internationalen Zahlungsverkehr wertlos geworden. Seit die Deutsche Mark der FDR die Gleichberechtigung mit Yuan und Rubel im Zahlungsverkehr des Eurasischen Wirtschaftsraums erlangt hat, ist der Euro eine reine Binnenwährung geworden. Mit der Rückkehr zu den nationalen Währungen wird ein Zombie zu Grabe getragen, dem die Verarmung Europas zur Last gelegt wird. Die Schuld am Untergang des Euros wird den Deutschen zugeteilt, die diese Währung unbedingt einführen wollten. Die neue Westmark ist nicht konvertibel, sie wird in keinem Land Europas in nationale Währung gewechselt.

Die Westdeutschen sind extrem unbeliebt, sie sind in keinem Land Europas willkommen.

Urlaub im Ausland können sie sich sowieso nicht mehr leisten. Österreicher, Liechtensteiner und Deutsch-Schweizer haben einen schweren Stand im Ausland, da sie gerne für Deutsche gehalten und entsprechend angefeindet werden. Die EU, das Schengen-Abkommen und die Brüsseler Bürokratie sind Geschichte. Geblieben ist eine Rest-EWG, eine Freihandelszone, an der Westdeutschland nicht teilnehmen darf und Ostdeutschland kein Interesse hat.

Der ostdeutsche Handel geht in den Eurasischen Wirtschaftsraum, dort gibt es werthaltige Gegenleistungen, seien es Rohstoffe, fossile Energieträger oder Fertigwaren aus China. Volkswagen Magdeburg, Audi Zwickau, BMW Erfurt und Mercedes Jena sind die führenden Automobilmarken der Welt. Gera entwickelt sich zum Zentrum der Computer-Industrie, die Chemie kehrt nach Leuna zurück. Halle und Dresden sind die Zentren des deutschen Maschinenbaus.

17. Juni 2019: Volksaufstand in Westdeutschland

Abstammungsmäßige Deutsche führen einen Sternmarsch auf Bonn durch, um in der Bundeshauptstadt gegen die fortschreitende Islamisierung zu protestieren. Die friedlichen Demonstranten werden von eilends herangekarrten Gruppen angegriffen, die Parolen wie „Nazis raus!“ und „Allahu akbar!“ brüllen. Die Angreifer werfen Steine und führen Schlagwaffen mit. Nach Beginn der Kämpfe greift die Polizei ein und knüppelt die friedlichen Demonstranten nieder. Auch dort, wo keine Schlägerbanden auftauchen, wird mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Demonstrationen vorgegangen.

Am Ende sind 827 Deutsche tot, mehrere tausend wurden ins Gefängnis geworfen und sehen einer Verhandlung vor Scharia-Gerichten entgegen, wegen Beleidigung des Islam. Bei den Angreifern gab es nur einige Leichtverletzte, denen von Scharia-Gerichten großzügig Schmerzensgelder zugesprochen werden.

1 Januar 2020: Germanistan

Die muslimische Bevölkerungsmehrheit hat im Rahmen einer Volksabstimmung beschlossen, Westdeutschland in „Islamische Republik Germanistan“ umzubenennen. Der Islam wird damit zur Staatsreligion, die Privilegien der christlichen Kirchen werden aufgehoben, Zahlungen an jüdische Gemeinden eingestellt. Türkisch und Arabisch werden offizielle Amtssprachen, die bereits in den Grundschulen gelehrt werden. Islamunterricht ist Pflicht für alle Schüler, auch jene anderer Glaubensrichtungen. Sonstiger Religionsunterricht darf nur noch in Privatschulen erteilt werden.

Kopftücher für Frauen in der Öffentlichkeit werden zwar nicht vorgeschrieben, aber mittels gesellschaftlichen Drucks durchgesetzt. In öffentlichen Bädern müssen Frauen „züchtige“ Badekleidung tragen, wenn sie nicht des Bades verwiesen werden wollen. Homosexualität in der Öffentlichkeit wird unter Strafe gestellt, alle Sonderrechte für Schwule und Lesben aufgehoben. Der Versuch, in Köln eine „Christopher-Street-Day Parade“ abzuhalten, endet in einer

blutigen Straßenschlacht. Die Tagesschau spricht vom allgemeinen Abscheu, der sich hier entladen hätte.

Sonntag, 26. September 2021: Wahlen in der Islamischen Republik Germanistan

Die islamischen Parteien erringen eine Dreiviertel-Mehrheit im Bundestag. In der Folgezeit werden mehrere Altparteien verboten, der Koran wird zur neuen Verfassung und die Scharia zur allgemeinen Rechtsgrundlage erklärt. Die Wirtschaft liegt darnieder, international konkurrenzfähige Produkte werden nicht mehr produziert. Abtreibungen werden verboten, Homosexualität generell unter Strafe gestellt. Auf den Straßen dominiert mittlerweile die Burka, da Kopftücher als Ausdruck lockerer Sitten gelten.

14. Mai 2023: Wasrael

Israel wurde von den umliegenden arabischen Staaten zugleich angegriffen. In Umkehrung des Sechs-Tages-Kriegs im Jahr 1967 gelang den Arabern der massive Erstschlag. Reste der israelischen Armee stellten sich in der Nähe der Stadt Megiddo zum Kampf. Die arabischen Angreifer wurden mit Atomwaffen weitgehend vernichtet, Israel hat außerdem Atombomben auf Kairo, Mekka und Medina abgefeuert. Die erhoffte Abschreckung wurde damit jedoch nicht erreicht. Nur zwei der gefürchteten Dolphin-Unterseeboote, auf die sich Israels Zweitschlagskapazität gründete, waren zu Beginn des Krieges noch einsatzbereit. Die anderen waren wegen Ersatzteilmangel ausgeschlachtet worden. Die Unterseeboote wurden durch Selbstmordattentäter zerstört, da sie kurz nach dem Auslaufen verschwanden.

Die Araber nehmen in der Folgezeit furchtbare Rache an den überlebenden Juden. Sie erwidern so jenen Genozid, den die Juden 1948, bei der Gründung Israels begangen haben. Der Staat verschwindet von der Landkarte. Im Nahen Osten herrscht ab jetzt wieder Frieden.

6. Dezember 2032: Ab jetzt noch 50 Jahre

Mein Vater ist 75 geworden, das betrachte ich als meine eigene Zeitvorgabe. Der Sankt-Nikolaus-Tag ist ein guter Termin zu sterben, deshalb habe ich ihn mir ausgesucht. Wie mein Leben in dieser Welt verlaufen wird? Falls ich nicht freiwillig gehe, dürfte mich das BRD-Regime in die FDR abschieben, wo ich als Verfolgter willkommen bin. Ein Regierungsamt bekomme ich dort bestimmt nicht, ich will auch keines. Die Einbürgerung dürfte ablaufen, wie zu DDR-Zeiten, wenn ein verdienter Sozialist heimkehrt: Begrüßung durch lokale Parteigrößen, eine Wohnung, eine auskömmliche, aber nicht allzu üppige Staatsrente.

Angesiedelt werde ich in der Provinz, sagen wir, in Leipzig oder Jena. Für eine der dortigen Zeitungen darf ich eine „Kolumne“ schreiben, und ich darf noch ein paar Bücher verfassen. Politisch sollte ich besser nicht mehr als Dissident auffallen, denn wenn es mir in der FDR nicht gefällt, darf ich jederzeit „nach drüben“ gehen. Ich lasse es deshalb ruhiger angehen, da ich auf keinen Fall nach Germanistan abgeschoben werden will.

Wenn Sie jetzt fragen, wo in diesem Szenario der Kaiser bleibt – nun, den gibt es nicht. Das ist nicht die Welt, die ICH haben möchte, sondern **die Welt der Gutmenschen**, die Welt der Pessimisten, die mir so gerne schreiben, Deutschland sei verloren. Wenn Sie das so wollen, nun denn, so sieht das aus. Vielleicht habe ich das Tempo der Veränderungen überzogen, es mag ein paar Jahre länger dauern, bis dies alles eintritt. Aber wenn die Zuwanderungs-Idiotologen sich durchsetzen, wird es so oder so ähnlich kommen.

Ein paar Szenarien habe ich noch, nicht die großen Ereignisse, sondern Vorfälle aus dem alltäglichen Leben, so, wie es um 2070 in der Islamischen Republik Germanistan stattfinden mag.

Büro für Wohlfahrt, Zentralmoschee, Würzburg, etwa 2070

„Salam Aleikum, ich bin vorgestern 100 Jahre alt geworden und wollte mich erkundigen, ob ich für eine Rente in Frage komme.“

„Aleikum es Salam.“ Der Moscheediener erkundigte sich nach den Daten des Antragstellers und suchte die Akte heraus. Die Islamische Republik Germanistan konnte sich keine Computer leisten, sie hatte die Verwaltung wieder auf Papier umgestellt. „Laut den Akten wurden Sie vor zwei Jahren untersucht und als Gesegneter Allahs befunden, der noch im hohen Alter völlig gesund ist. Hat sich daran etwas geändert?“

„Nein, Herr, gepriesen sei Allah!“

„Sie waren Richter, allerdings für das alte Strafrecht... In diesem Beruf sind Sie natürlich völlig unbrauchbar. Aber als Hilfsarbeiter können Sie doch noch arbeiten?“

„Man hat mich vor 50 Jahren für zu alt befunden, um noch eine Ausbildung zu machen, deshalb bin ich seit 50 Jahren Hilfsarbeiter...“

„Daran sind Sie nicht ganz unschuldig, ich sehe, daß Sie erst vor 32 Jahren zum Glauben übertreten sind. Das ist natürlich zu spät, um sich noch zu qualifizieren. Für die Zakkat sind Sie zu gesund, deshalb bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als Allah, gepriesen sei ein Name, für seine Gnade zu danken, Ihnen eine derart robuste Gesundheit geschenkt zu haben. Sie bleiben weiterhin ein nützliches Glied der Umma, da Sie noch uneingeschränkt arbeitsfähig sind.“

Familienküche, Köln, etwa 2070

„Warum hast du Schlampe immer noch nicht gelernt, anständig zu kochen?“ Die Hauptfrau des Hauses gab der Haushaltshilfe zwei Ohrfeigen. „Couscous muß süß-scharf schmecken! Und geputzt hast du auch nicht richtig! Wenn du so weitermachst, kannst du dir eine andere Stelle suchen!“

Der Hausherr arbeitete als Ingenieur bei den al-Faruk-Werken, die preiswerte Kleinwagen für die islamischen Länder produzierten. Einstmals waren das die Ford-Werke gewesen, doch die Amerikaner hatten den Namen behalten, außerdem wäre „Ford“ gänzlich unislamisch gewesen. Der Taqir, das einzige Modell, das die al-Faruk-Werke bauten, war einst in den indischen Mittel-Werken entwickelt worden. Für die islamischen Länder hatte man die Technik noch weiter abgespeckt, dafür war der Einzylinder-Zweitakt-Motor überaus robust und sparsam. Die meisten Defekte konnte jeder Dorfschmied reparieren. Mit den deutschen Autos, Made in FGR, konnten diese Fahrzeuge natürlich nicht konkurrieren, aber die konnten sich nur die Bewohner des Eurasischen Wirtschaftsraums und der Konföderierten Staaten von Amerika leisten.

Die Haushälterin hatte schon mal bessere Zeiten gesehen. Sie war Lehrerin gewesen und hatte für die Grünen bis 2021 im Bundestag gesessen. Sie hatte es allerdings versäumt, Kinder zu bekommen, deshalb stand sie heute im Ansehen ganz unten. Als Lehrerin hatte sie bis zur Schulreform 2028 arbeiten können, damals waren Frauen aus leitenden und lehrenden Positionen entfernt worden. Eine Scharia-Kommission hatte geprüft, ob sie der Umma in irgendeiner Form dienlich sein könnte, und ihr schließlich beschieden, Hilfsdienste zu leisten.

Sie wußte nicht, welcher Fluch sie getroffen hatte, der sie solange leben ließ. Sie war noch immer gesund und arbeitsfähig, folglich blieb ihr nichts anderes übrig, als sich bei einer reichen Familie zu verdingen. Die Umma bezahlte keine kinderlosen Frauen, sie duldeten auch nicht, daß diese allein lebten. Wer nicht im Haus des eigenen Sohnes unterkam, mußte sich diese Behandlung gefallen lassen. Die Frau mußte den ihr von Allah und vom Propheten zugewiesenen Platz ausfüllen, da gab es keine Abweichungen.

Wohnzimmer, Fröttmaning, etwa 2070

Der Bote der Scharia-Kommission kommt sofort zur Sache. „Herr Geißenbichler, Ihr Sohn ist anderthalb Jahre alt geworden. Warum haben Sie ihn bisher nicht bei der Kita angemeldet?“

„Aber... Ich hab gedacht, das hätt noch Zeit“, verteidigt sich der Vater. „Der Karl hat doch auch erst mit drei in den Kindergarten müssen.“

„Das ist ein neues Gesetz – Kuffar-Kinder müssen ab dem 19. Lebensmonat eine islamische Kindertagesstätte besuchen. Ganztags, wohlgemerkt!“

„Ja, aber...“

„Herr Geißenbichler, wir tun das im Sinne Ihres Sohnes! Nur die Lehre des Propheten, gepriesen sei sein Name, wird Ihren Sohn vor der Hölle bewahren, die das Schicksal der Ungläubigen wird. Wenn Sie als Erwachsener Kuffar bleiben wollen, ist das Ihre Entscheidung. Es ist jedoch ein Gebot der Menschlichkeit, unmündige Kinder vor diesem Schicksal zu bewahren. Ihr Sohn wird die Lehren Allahs, des Erbarmers, des Allmächtigen, des Herrn über alles Bestehende, frühzeitig erfahren und kann sich so entscheiden, den wahren Glauben anzunehmen.“

Herr Geißenbichler weiß, daß er keine Chance hat. Falls er nicht einwilligt, würde man den Eltern den Sohn wegnehmen. Er würde in jedem Fall islamisch erzogen werden und sich schließlich ganz freiwillig für den Islam entscheiden. Ein Widerspruch, gar eine Klage vor dem Scharia-Gericht, ist völlig zwecklos, das Urteil steht bereits fest, bevor die Verhandlung überhaupt angesetzt wurde.

Haus des Großmuftis, Bonn, etwa 2070, Fastenbrechen im Ramadan

Da der Ramadan diesmal in die dunkle Jahreszeit fällt, beginnt das Fastenbrechen früh und danach bleibt noch Zeit für eine angenehme Unterhaltung. Großmufti Ibn Ezer, der oberste Geistliche Germanistans, hatte Salmon Al-Achmad zu Gast, den Bundeskanzler. Diesen Titel hatte die Islamische Republik beibehalten, als Ausdruck des Triumphes.

„Ich finde diese Langlebigkeit so vieler Deutscher überaus erstaunlich“, eröffnete Al-Achmad das Gespräch. „Stellen Sie sich vor, einige sind bereits über 140 und noch immer vollkommen gesund. Warum verteilt Allah seine Gaben so ungerecht?“

„Ungerecht?“ Ibn Ezer sog an der Wasserpfeife. „Ich habe mich das gefragt, als die ersten von ihnen hundert wurden. Die Güte Allahs, des Allerbarmers, ist ihnen nur insofern beschieden, als daß sie bereits auf Erden eine Strafe abbüßen – und er ihnen mehr Zeit gewährt, zum wahren Glauben überzutreten.“

„Sie halten das für eine Strafe?“, wunderte sich der Bundeskanzler. „Eine solche Strafe wollte ich gerne auf mich nehmen!“

„Etwa eine Million Deutsche sind davon betroffen“, berichtet der Großmufti. „Es sind jene Leute, denen wir hauptsächlich verdanken, daß wir heute im islamischen Germanistan leben, nicht mehr im christlichen Deutschland.“

„So schlecht war das christliche Deutschland gar nicht“, seufzt der Bundeskanzler. Er hatte vor nicht ganz drei Monaten einen Staatsbesuch in Moskau absolviert und dort Produkte aus dem anderen Deutschland gesehen, dem Staat jenseits der Mauer, den kein Germanistaner mehr betreten darf. Die Freie Deutsche Republik ist der fortschrittlichste Staat der Welt, sie hatte die wissenschaftliche Führung bei der eurasischen Marsmission übernommen. Jenseits der Mauer standen Fusionskraftwerke, diesseits Windräder und Solaranlagen. Die Leuna-Werke erzeugten Treibstoff aus dem Kohlendioxid der Luft und aus organischem Abfall, während Germanistan sich erfolglos an der Kohleverflüssigung versuchte.

„Das will ich besser nicht gehört haben“, sagte Ibn-Ezer, der den Neid seines Freundes auf Eurasien und die Konföderierten in Amerika nur zu gut kannte. „Eine Million Verräter, mehr waren es nicht, die das alte Deutschland zu Grunde gerichtet haben. Hätten die Ostdeutschen sich nicht rechtzeitig abgespalten, sie wären heute nicht anders als wir. Und die Polen... sie könnten heute noch existieren, wenn sie nicht diesen idiotischen Krieg angefangen hätten. Die FDR hätte alles Recht, sich Preußen zu nennen...“

„Dann wären wir hier die Rheinprovinz“, warf Al-Achmad ein. Der normale Bürger Germanistans war dumm und ungebildet, auf die arabische Oberschicht traf das ganz und gar nicht zu.

Wer zu Höherem berufen war, studierte in Kairo, da die Universitäten Germanistans diese Bezeichnung kaum noch verdienten.

„Ja, die Rheinprovinz.“ Ibn Ezer seufzte. „Der Islam beherrscht den armen Teil der Erde, während die reichen Länder aufblühen und keine Muslime mehr ins Land lassen. Die deutschen Verräter sind denen eine Warnung. Unfähige Politiker, die ein blühendes, reiches Land fremden Zuwanderern ausliefern... Gutmenschen nannte man das damals.“

Dieses Wort hatte Eingang ins Arabische gefunden. Der Bundeskanzler nickte. „Ich würde sie für die Auserwählten Allahs halten, wenn sie nicht so hörig gegenüber den Juden gewesen wären. Antisemiten, die damals die Palästinenser unterdrückt hatten, die kaltblütig zugeschaut haben, wie die Juden unsere Brüder abgeschlachtet haben...“

Auch das Wort „Antisemit“ wird immer noch verwendet, für die Feinde der Semiten, also die Feinde der Araber. Als Bezeichnung für die Feinde des Islams hatte es sich nicht durchgesetzt, obwohl die islamischen Staaten das in der UNO versucht hatten, bevor diese aufgelöst wurde.

„Auserwählte?“ Der Großmufti lacht auf. „Eher ein Geschenk Allahs, des Allgütigen, an uns, seine Gläubigen. Kuffar, welche die niedrigsten Arbeiten verrichten. Bessere Sklaven hätten wir uns gar nicht wünschen können.“

© *Michael Winkler*

<http://brd-schwindel.org/?s=Michael+Winkler>

**Aus dem dunklen Sklavenschlaf der
Gegenwart
durch opfervollen,
blutigen Kampf
erringen wir eine neue,
eine goldene Zukunft!**

Bereits 1948, drei Jahre nach dem offiziellen Ende des Zweiten Weltkriegs, schrieb die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) in einer Erklärung zur politischen Lage:

„Die Einhaltung der Potsdamer Vereinbarungen durch die Westmächte hätte unserem Volk einen friedlichen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg und seine Wiedereinreihung in die Völkerfamilie ermöglicht. (...) Die Abkehr von Potsdam und die Einbeziehung eines Teils von Deutschland in den kapitalistischen Westblock finden ihren Niederschlag in den Londoner Sechsmächteempfehlungen vom Juni 1948. (...)

Mit der Schaffung des Besatzungsstatutes aber wird der Abschluss eines Friedensvertrages und damit der Frieden für ganz Deutschland auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben und der jetzige Zustand der nationalen Rechtlosigkeit verlängert. (...)

Damit wird Westdeutschland zu einer Domäne des USA-Monopolkapitalismus bei der Beherrschung Westeuropas und zum Sprungbrett seiner Expansionspolitik gegen den Osten.“